

SPD für Mindestlöhne in Call-Centern

ARBEIT Gewerkschaft: Paketdienste einbeziehen

Von **Claudia Mahnke**

BONN. Mit ihrer Forderung nach einem Mindestlohn für die Beschäftigten in Call-Centern (der GA berichtete) hat die Gewerkschaft DPVKOM die „volle Unterstützung“ der SPD-Bundestagsfraktion. Das sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Ulrich Kelber, der gleichzeitig Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur ist, gestern auf dem Gewerkschaftstag der DPVKOM in Bonn. Die Gewerkschaft kritisiert nicht nur den Verdienst von 5 bis 6,50 Euro, sondern auch die Arbeitszeiten. Viele Call-Center-Agenten würden nur 4 bis 6 Stunden täglich arbeiten, aber zweimal am Tag eingesetzt.

Der scheidende Vorsitzende der DPVKOM, Willi Russ, kritisierte

den Arbeitgeberverband Neue Post- und Zustelldienste (AGV), indem sich die Wettbewerber der Post zusammengeslossen haben. Einerseits sei der Verband nicht in der Lage, Mindestlöhne in anständiger Höhe zu vereinbaren, „zahlt aber seinem neuen Oberlobbyisten locker ein Jahressalär von 1 Million Euro“, so Russ. Das sei nicht in Ordnung. Während der AGV seine Vorstellungen von „regional differenzierten Mindestlöhnen auf einem realistischen Niveau von bis zu 7,50 Euro“ erneuerte, hat der Arbeitgeberverband Postdienste vor kurzem mit den Gewerkschaften einen Mindestlohn von 8,90 für Briefzusteller vereinbart.

Walter Scheurle, für Personal zuständiges Vorstandsmitglied der

Post AG, wies auf dem Gewerkschaftstag darauf hin, dass die niedrigen Löhne der Wettbewerber häufig nicht das Existenzminimum der Beschäftigten sicherten. Deshalb würden viele Mitarbeiter der Post-Wettbewerber zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehen. „Damit werden durch staatliche Transferleistungen letztlich die Löhne unserer Wettbewerber subventioniert“, sagte Scheurle. Die DPVKOM forderte gestern eine Ausweitung der Mindestlöhne auch auf die Beschäftigten beim Pakettransport. Bei der Post bestehe die Gefahr, dass Ende des Jahres weitere Aufgaben im Transport an Dritte vergeben würden.